

Gerhard W.: Einlassung am Amtsgericht; Mittwoch, 26.11.2014 Vorwurf/Strafantrag: Hausfriedensbruch

1

Ich bin jetzt 63 Jahre alt, habe eine Tochter und eine kleine Enkeltochter. Auch für sie und eine für sie noch lebenswerte Zukunft versuche ich bei all der stattfindenden Zerstörung unserer Stadt mit den mir zur Verfügung stehenden Mitteln zu retten und aufzuhalten, was ich vermag.

Ich habe Politikwissenschaften, Geschichte und Germanistik studiert und war viele Jahre als Sozialarbeiter und Betriebsratsvorsitzender in einem Stuttgarter Sozialverband tätig. Inzwischen arbeite ich als Lagerhilfe und Hausmeister in einem Naturkost Laden. Seit über 40 Jahren beteilige ich mich aktiv an der Gestaltung und Entwicklung meines Lebensumfelds und der Stadt, in der ich lebe. Ich bin der festen Überzeugung, dass die Mitglieder eines Gemeinwesens, einer Gesellschaft, das Recht und auch die Pflicht haben, ihr Leben und ihre Lebensumgebung selbstbestimmt und gemeinschaftlich zu gestalten. Ich habe mich in verschiedenen Parteien engagiert, vor allem aber in zahlreichen Bürger-Initiativen.

Fast 30 Jahre gehöre ich dem Bezirksbeirat meines Stadtbezirks an und bin bemüht, in möglichst engem Kontakt mit den BewohnerInnen des Stadtbezirks in diesem leider nur beratenden Gremium auf die Erhaltung und Verbesserung der Wohn- und Lebensqualität der dort lebenden und arbeitenden Menschen hin zu wirken. Im Laufe meines Engagements habe ich Erfahrungen gemacht und Entwicklungen erkannt:

Über viele Jahre haben sich die Staatsbürger/innen dieses Landes in großer Mehrheit darauf beschränkt, Vertreter/innen zu wählen und wenn sie von deren Politik enttäuscht waren, bei der nächsten Wahl eben andere, die sich dann meist als gar nicht so anders entpuppten. Es gibt sicherlich sehr viele Gründe, warum sich die Staatsbürger an der Gestaltung ihrer Gemeinwesen nicht mehr selbst beteiligten, dass sie mit den Entscheidungen ihrer parlamentarischen Vertreter zufrieden waren, ist sicherlich einer der letzten.

Während die Mehrheit auf ihre direkten Beteiligungs- und Entscheidungsrechte weitgehend verzichtete, nahmen andere Teile der Gesellschaft die Durchsetzung ihrer ganz anderen Interessen selber in die Hand. Ich spreche von finanzkräftigen Kapitaleignern, von Immobilien- und Finanzspekulanten. Ihre Möglichkeiten, Parlamente und Regierungen zu einer Politik in ihrem Sinne zu beeinflussen, notfalls zu zwingen, basieren nicht auf ihrer großen Zahl. Es handelt sich um eine kleine Minderheit, die per Wahlentscheidung wenig ausrichten könnte. Ihre Möglichkeiten der Beeinflussung resultiert allein aus ihrer Finanzmacht.“

Städte wie Stuttgart werden inzwischen faktisch von Investoren, finanzstarken Immobilienverwertern und Großkonzernen regiert. Meist werden Bebauungspläne und Stadtplanung hauptsächlich an deren Anforderungen ausgerichtet. Die Interessen der Bevölkerung nach einer gesunden, lebenswerten und sozialen Stadt spielen praktisch keine Rolle mehr. Nach dem Grundgesetz ist das Volk die oberste Instanz, der Souverän. Als solches fungiert es praktisch aber nur noch, indem es regelmäßig in Haftung genommen wird, um die von allein am privaten Gewinn orientierten Konzernen angerichteten Schäden zu begleichen, also die Zeche zu bezahlen.

In den letzten 20 Jahren hat die an der Maxime der Geldvermehrung ausgerichtete Stadtentwicklung und Stadtveränderung ein Ausmaß der Zerstörung der Lebensgrundlagen und Verschlechterung der Lebensbedingungen der Bürger dieser Stadt erreicht, dass der Souverän, dass die Einwohner/innen sich zunehmend wieder selbst einmischen. Zahlreiche Bürger-Initiativen erheben den Anspruch, bei der Gestaltung ihrer Stadt mitreden zu wollen, die Verantwortung für ihr Gemeinwesen nicht mehr Politikern und Regierenden zu übertragen, sondern sie selbst zu übernehmen. Meist erst einmal um weitere Zerstörungen zu verhindern.

Den vorläufigen Höhepunkt dieser vor allem an Kapitalinteressen zum Schaden der Bevölkerung orientierten Politik stellt zweifellos das Milliarden-Projekt Stuttgart 21 dar. Es transportiert nicht nur gewaltige

2
Summen aus den Taschen der Bevölkerung auf die Konten von Banken, Konzernen und der DB AG. Es richtet dabei auch nie wieder gut zu machende gravierende Schäden an Natur und Lebensgrundlagen an. Trotz einer Unmenge an ungeklärten Fragen, nicht planfestgestellten Bauabschnitten und Warnungen in Bezug auf die Realisierbarkeit, der großen Risiken und Gefahren, der Finanzierbarkeit und der Leistungsfähigkeit des Projekts S21 wurde im August 2010 mit der Zerstörung des denkmalgeschützten Nordflügels begonnen, ohne dass dies vom Bauablauf zu diesem Zeitpunkt erforderlich gewesen wäre.

Mit der Abholzung eines ersten Abschnitts des Schlossparks in der Nacht vom 30.9. auf den 1.10.2010, dem Abriss des Südflügels des Hauptbahnhofs und schließlich der Totalrodung der Oberen Parkanlagen am 15.2.2012 folgten weitere nicht wieder gut zu machende Zerstörungen. Alle gegen den massiven aber immer friedlichen Widerstand tausender Stuttgarter Bürgerinnen und Bürger, der oftmals erst von ebenso massiven Polizeiaufgeboten gewaltsam gebrochen werden musste. Und alle diese Eingriffe in Natur, Klima- verhältnisse und Lebensräume erfolgten nicht aus sachlicher Notwendigkeit, sondern nur um propagandistisch Projektfortschritt zu simulieren. Dies zeigte sich in eklatanter Weise und besonders am gerodeten Stadtpark, dessen Brachfläche sich ein Jahr später noch ebenso wüst und leer und unzugänglich als Mahnmal für sinnlose Zerstörung präsentierte.

Ich habe mich immer wieder gefragt, wie es sein kann, dass dieses unnütze und zerstörerische Werk begonnen wird, entgegen all der von hochqualifizierten und anerkannten Fachleuten vorgebrachten Bedenken, Einwänden, Appellen und Warnungen, die sich im Lauf der folgenden Jahren ja fast alle bestätigt haben. Ich bin zu folgender Erklärung gelangt:

Es geht bei dem Projekt § 21 gar nicht um einen mehr oder weniger leistungsfähigen, mehr oder weniger guten Bahnhof, um gute oder weniger gute Zugverbindungen, sicheres oder weniger sicheres Reisen, oder sonst was, was für die Menschen einen mehr oder minder großen Nutzen hat. Es geht um das Bauen an sich.

Stuttgart21 ist eines der vielen unnützen Großprojekte, deren einziger wirklicher Sinn darin besteht, öffentliche Gelder auf private Konten zu transferieren. Vor diesem Hintergrund schließt sich dann der Zerstörung bestehender funktionierender Infrastruktur und Natur weitere Zerstörung durch den Neubau an, indem mit ihm massenhaft knapper werdende Ressourcen verschwendet, Schadstoffe produziert und Energie verbraucht werden.

Mit der Umwandlung der Bundesbahn zu einer AG, der Deutschen Bahn AG, erfolgte auch die Umwandlung eines am Nutzen für die Gesellschaft orientierten Bahnverkehrsbetriebs zu einem allein der Kapitallogik der Gewinnmaximierung verpflichteten, betriebswirtschaftlich rechnenden Konzern. Die DB AG bezog 2012 8 Mrd. Euro für die Bereitstellung der Infrastruktur und den Betrieb des Regionalverkehrs in den Bundesländern. Sie investiert diese Steuergelder aber nur zu einem kleinen Teil in den Erhalt und Ausbau des Schienennetzes und Zugverbindungen in Deutschland. Statt dessen investiert sie in aller Welt von Portugal bis zu den Arabischen Emiraten und um damit die Macht des Konzerns zu stärken. Die lange Liste der heute zum DB-Konzern gehörenden Unternehmen von Schifffahrtslinien über Versicherungen und Holzverarbeitungsfabriken in aller Welt macht es offensichtlich: Mit den eigentlichen Aufgaben, nämlich Menschen und Güter in Deutschland auf Schienen möglichst komfortabel und preisgünstig von A nach B zu transportieren, das meiste nichts zu tun.

Die Gesellschaft fragt bei der Herstellung von Gütern nach deren Nützlichkeit, nach ihrem Gebrauchswert. Das Kapital fragt bei der Herstellung von Gütern ausschließlich nach dem Tauschwert und wie aus Geld mehr Geld gemacht werden kann. Der Nutzen spielt nur insofern eine Rolle, als die Produkte verkauft werden müssen, um den Gewinn realisieren zu können. Dafür gibt es im privaten Konsumbereich die Werbung, die an sich nutzlosen Produkten einen Nutzen andichtet, damit der Konsument sie kauft. Großprojekte, mit denen richtig viel Geld gemacht werden kann werden an Regierungen verkauft, die sie mit dem Geld ihrer Staatsbürger bezahlen. Hier genügt Werbung nicht – obwohl auch die mit einem Millionenaufwand betrieben wird-, da braucht es dann Korruption, Vetternwirtschaft, wirtschaftliche und politische Verflechtungen und Druck. Griechenland, Spanien, Italien sind aktuelle Beispiel wie mit solch unnützen Großprojekten ganze Volkswirtschaften an den Rand des Ruins gebracht wurden.

Ich erwähne dies hier, weil es erklärt, dass es bei dem Projekt S 21 den Betreibern nicht um einen Bahnhof geht, der gut oder schlecht funktionieren wird, nicht einmal darum, dass dieser irgendwann fertig gestellt wird. Das Ganze ist ein Selbstzweck, um möglichst viel Geld – nein, nicht zu vergraben -, sondern aus den Taschen der vielen wenig Besitzenden in die Taschen der wenigen bereits viel besitzenden zu befördern. Ganz nebenbei wird dabei städtischer Lebensraum zerstört, der später wieder mit viel öffentlichem Geld von privaten Firmen repariert werden muss.

Das ist der Grund, dass sich derart noch so offensichtlich unnütze und zerstörerische, die Lebensgrundlagen der Menschen vernichtende Projekte nicht durch Argumente und Appelle an die Projektbetreiber und ihre Marionetten in den Parlamenten beenden lassen. Was wurde nicht alles schon einleuchtend vorgebracht und wissenschaftlich belegt: der neue Bahnhof wird ein ständiges Sicherheitsrisiko sein, er wird weniger leisten als der alte, er gefährdet akut die Stuttgarter Mineralquellen, er wird das Klima im Stuttgarter Kessel lebensbedrohlich weiter verschlechtern, die Risiken beim Tunnelbohren sind völlig unkalkulierbar. Und er wird allen von allen geforderten Klimazielen und CO₂-Einsparungen Hohn sprechen, indem er täglich 12.000 KWh mehr Energie benötigt, alleine um die 17 Höhenmeter zu überwinden, um die der Kellerbahnhof tiefer liegt als der jetzige. Das entspricht dem Tagesenergiebedarf von 1.200 Haushalten.

Dass diese nach dem gesunden Menschenverstand überzeugenden und vernünftigen Einwände bei der DB AG und den mit ihr verdienenden Unternehmen und Banken nichts bewirken können, weil sie in der völlig anders geartete Logik der Konzerne denken, zeigt auch die Erklärung des Bahn Vorstandsvorsitzenden Rüdiger Grube zu den Kostensteigerung um weitere 2,3 Mrd. Euro: Nach heutigem Kenntnisstand, sagt er, würden wir das Projekt nicht mehr beginnen, aber es fortführen. Seine Begründung: die Ausstiegskosten seien für die Bahn unwirtschaftlicher als eine Fortführung. Damit ist klar gesagt, es geht allein um die Frage von betriebswirtschaftlichem Geldwert, die Frage der Nützlichkeit oder volkswirtschaftlicher und ökologischer Schadensvermeidung zum Beispiel eine Berücksichtigung der Auswirkungen des Klimawandels in den nächsten 50 Jahren kommen in seinem Kalkül gar nicht vor.

Für die Stuttgarter Bevölkerung aber sind gerade diese Dinge von lebenswichtiger Bedeutung. Aus unseren Parlamenten und Verwaltungen erklangen in den letzten Jahrzehnten viele große Worte, dass der Klimawandel aufgehalten werden müsse. Die praktische Politik aber hat die Ausbeutung von Mensch und natürlichen Ressourcen eher noch verstärkt und weiter „*Hauptsache Wachstum*“ praktiziert. Inzwischen sind die Verantwortlichen dazu übergegangen, Anpassungskonzepte an den Klimawandel zu entwickeln. In einem Entwurf für ein Klimaanpassungskonzept für Stuttgart sind Maßnahmen aufgeführt, die als notwendig erachtet werden, damit Stuttgart in 50 Jahren überhaupt noch bewohnbar ist. Das Vorhaben S 21 läuft so ziemlich allem zu wider, was hier als überlebensnotwendig gefordert wird. Wie kann man überhaupt nur daran denken bei als sicher prognostizierter Zunahme schwerer Unwetter mit massiver Hagelbildung und Überschwemmungen, einen Bahnhof unter die Erde zu verlegen und ihn damit nicht nur wegen unzureichendem Brandschutz zur Todesfalle zu machen.

Wie kann man auf die Idee kommen, große innerstädtische Grünbereiche zu vernichten, wenn als sicher angenommen wird, dass bereits in 20 Jahren eine Überhitzung der Innenstadt zu einer derartigen Ausweitung der medizinischen Notfälle infolge Kreislaufbelastungen führen wird, dass es zu Engpässen bei der Notversorgung kommt und z.B. massive Störungen des Betriebsablaufs im öffentlichen Nahverkehr wegen häufiger Notarzt Einsätze zu erwarten sind.

Wo die Unterordnung der menschlichen Lebensrechte unter die Anforderungen der Gewinnmaximierung solch bedrohliche Ausmaße annimmt, muss ein Widerstandsrecht bestehen. Und wenn dieser seit vielen Jahren ungebrochene Widerstand tausender von Menschen, die sich bis heute jeden Montag zu Protestdemonstrationen versammeln von dem Kartell aus Presse, Politik und Projektbetreibern schlicht ignoriert wird, indem man einfach nicht mehr darüber berichtet, sind ab und an eben auch etwas „spektakulärere“ Aktionen erforderlich, um dem Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit auch öffentliches Gehör zu verschaffen.

Wenn wir daher am Jahrestag der katastrophalen Parkrodung unsere Transparente einmal innerhalb des Bauzaunes der noch gar nicht wirklich in Betrieb gegangenen Großbaustelle entrollten, so ist dies vielleicht ein Gesetzesverstoß, aber keine strafbare Tat, sondern lediglich die Inanspruchnahme des Rechts einer frei geäußerten Meinung auf eine Art, dass sie vielleicht auch gehört wird. Ich bin überzeugt, dass nur die um ihre Zukunft bedrohten Stuttgarter selbst das endgültige Desaster aufhalten können, indem sie sich massenweise der auf schlichtem Betrug basierenden Zerstörung, also dem Unrecht in den Weg stellen, weil die Politik von den ökonomisch Mächtigen zu sehr abhängig ist, weil die Gerichte sich zunehmend auf formale Rechtspositionen zur Stabilisierung der Machtverhältnisse zurück ziehen und weil der Logik des Geldes nicht mit der Logik des Lebens zu begeben ist.

In der Dreigroschenoper wirft Bertolt Brecht die heute wieder hochaktuelle Frage auf „*Was ist der Einbruch in eine Bank gegen die Gründung einer Bank?*“ In Anlehnung daran kann hier die Frage gestellt werden: *Was ist das vorübergehende demonstrative Betreten einer Baubrache gegen die vorangegangene sinnlose Vernichtung öffentlichen Lebens- und Erholungsraumes für Mensch und Tier mit dem einzigen Ziel Profite zu erzielen?*

Wenn Sie nun sagen werden, so sei eben das Gesetz und das Gericht habe dieses anzuwenden, so sollte auch die Frage gestellt werden, für und von wem solches Gesetz gemacht ist. Die Antwort liegt nahe, es ist das Gesetz nicht aller Menschen, sondern das der Besitzenden. Oder um es mit dem Richter am Landgericht a.D. Christoph Strecker zu sagen:

„Aber das Recht hat auch der Macht Grenzen zu setzen. Diese vornehmste Aufgabe des Rechts und auch das Konfliktmanagement kommen derzeit zugunsten des Machterhalts unter die Räder. Die Mächtigen instrumentalisieren das Recht, indem sie formale Rechtspositionen gegen die legitimen Bedürfnisse der Menschen ausspielen. Damit untergraben sie die Fähigkeit des Rechts, Frieden zu stiften.“ (Christoph Strecker, Richter a.D.)

Vor fast 4 Jahren wurde ich zusammen mit 9 weiteren Personen für 6 Stunden zu Unrecht in Gewahrsam genommen. Wir haben dagegen beim Verwaltungsgericht geklagt. Vor wenigen Wochen erging das Urteil: Das Handeln der Polizei war rechtswidrig. Weiter folgt daraus nichts, niemand wird wegen seines gesetzwidrigen Verhaltens bestraft. Dies obwohl ja dann der Straftatbestand der Freiheitsberaubung im Amt gegeben ist. Was für die Vertreterinnen der Staatsmacht in Anspruch genommen wird, sollte dann auch für den „einfachen“ Staatsbürger Anwendung finden können. Unsere Demonstration auf dem Baugelände am 14.2.2012 mag einen geringfügigen Gesetzesverstoß darstellen, muss aber deswegen wohl nicht zwangsläufig strafbar sein.

Ich meine: Es geht hier um die Entscheidung, was höher gewertet wird: die Rechtsgüter der Herrschenden und Besitzenden, das formale, wenn auch in vielen Punkten fehlerhafte oder möglicherweise gar nicht vorhandene Recht der Bahn AG, der Bau- und Immobilienunternehmen und Banken, einen funktionierenden Bahnhof und eine ganze Stadt gleich mit zu zerstören mit dem alleinigen Ziel ihr Geld zu vermehren oder das Recht der Bewohner dieser Stadt, sich ihre Lebensgrundlagen, ihre Gesundheit mit allen ihren Möglichkeiten zu erhalten und für eine am Gemeinwohl orientierte Stadtentwicklung und damit auch für ein noch lebenswertes Leben für unsere Nachkommen zu streiten.

(Gerhard W.)